Wer war … Robert Havemann?

von Marcel Kehlberg

In besonders schmerzliche Verlegenheit wurde der real existierende Sozialismus immer dann gestürzt, wenn die Kritik an ihm von seiten der Wissenschaft kam. Der Kommunismus verstand sich von seinen Anfängen her als Wissenschaft, welche die »Naturgesetze« der Geschichte wie der Ökonomie erkannt habe und daher die ideale Gesellschaft errichten könne. Daß er aus der Utopie kam und trotz aller Anstrengung viel von ihm dort verblieb, war ihm so unangenehm wie ein mißratenes Tattoo aus Jugendtagen. Daß Fachleute aus den Naturwissenschaften im eigenen Machtbereich dieses Selbstbild angriffen, wurde von den Machthabern als Verletzung eines Naturgesetzes wahrgenommen. In der DDR gehörte der ebenso schillernde wie geistreiche Chemiker Robert Havemann zu dieser Kategorie. Er verstarb vor genau vierzig Jahren in seinem von der Stasi dauerüberwachten Anwesen bei Berlin. In der NS-Zeit verdankte der junge Kommunist Havemann sein Leben der Wissenschaft, als seine Hinrichtung von höheren Fürsprechern aus dem Heereswaffenamt, für das er auch als Häftling forschte, immer wieder hinausgezögert werden konnte. In der DDR wurde sie ihm dann zum Verhängnis, als er die Philosophie hinter dem Machtapparat wissenschaftlich – und das hieß für ihn stets intellektuell redlich – zu überprüfen begann. Dabei blieb Robert Havemann bis in seine staatlich verordnete Quarantäne hinein ein überzeugter Sozialist, für den der Sozialismus als dialektisches Bewegungsprinzip des Geistes die Offenheit des Denkens wie nichts anderes verbürgte. Alles, was eine Partei oder ein Staat daraus machten, nannte er mechanischen Sozialismus und mechanischen Materialismus oder salopper einen »Katechismus von Banalitäten«. Starre Dogmatisierung war Ergebnis einer Staatsnähe, die er als authentischer Wissenschaftler ablehnen mußte, die er als Sozialist aber als wesensimmanent hätte erkennen müssen. Havemann untersuchte in einer berühmt gewordenen Vorlesungsreihe aus dem Wintersemester 1963/64 an der Humboldt-Universität *(Dialektik ohne Dogma?)* die Unzulässigkeit, Naturwissenschaft auf die menschliche Geschichte anzuwenden, da Geschichte wesentlich einmalig und endgültig verlaufe und die Naturwissenschaften somit nicht zuständig seien. Zugleich versuchte er dabei, den Sozialismus wissenschaftlich von seiner ererbten Ideologielastigkeit zu befreien (mit Ausflügen in die Metaphysik). Gegenüber seinen Stasi-Vernehmern gab er später an, diese akademische Opposition allein im Dienste der DDR und ihrer Ideale betrieben zu haben. Von der Hand zu weisen ist das nicht, war er doch kein Fundamentaloppositioneller wie der bärbeißige Solschenizyn oder der fromme Wałęsa. In den Anfangsjahren der DDR eine Art Star des Regimes (mit geheimdienstlicher Nebentätigkeit), wurde er nun zu einem Star der Opposition. Sein Grundstück in Grünheide war in späteren Jahren eine Pilgerstätte für Dissidenten wie Wolf Biermann und Jürgen Fuchs. Robert Havemann stritt für eine Art von Ehrenrettung des Sozialismus, die aufgrund des Stalinismus (damals noch offiziell »Personenkult« genannt) notwendig geworden sei. Für ihn war der Stalinismus eine tragische Möglichkeit, jedoch mitnichten eine zwingende Notwendigkeit innerhalb des Sozialismus. Den späten Stalinismus der DDR nannte er »raffinierter, verlogener und feiger als der ursprüngliche zu Stalins Lebzeiten«. Seine Bürokraten stünden vor allem im Mittelbau unter ständigem Druck ideologisch fanatisierter Nachzügler, die der undurchsichtigen oberen Riege zu gefallen suchten. Für jeden, der dort eine Stellung zu halten habe, gelte es, stets zu wissen, was man gerade zu denken habe. Noch in seinem letzten Werk, dem prophetisch-apokalyptischen *Morgen* (1980), unterzieht Havemann im Namen eines utopischen Sozialismus, den er hellsichtig als eine Art von Great Reset beschreibt, den Staatssozialismus und den privatwirtschaftlichen Kapitalismus einer vernichtenden Kritik. Sie seien beide nicht in der Lage, die menschheitsgefährdenden Probleme des Planeten zu lösen. »Die jetzige Krise, die sich übrigens erst im Anfang ihrer Entwicklung befindet, wird über Sein und Nichtsein entscheiden«. Dem Wissenschaftler Havemann bleibt am Ende nur die Utopie eines freien Sozialismus und die strenge Unterscheidung von Denken und Denkgewohnheit. ■

Wen repräsentiert … Steinmeier?

von Erik Lehnert

Frank-Walter Steinmeier ist »bewegt«, daß ihm die Bundesversammlung das Amt des Bundespräsidenten für weitere fünf Jahre »anvertraut« hat. So jedenfalls äußerte er sich unmittelbar nach seiner Bestätigung im Amt und unternahm gleich den Versuch, sich als Präsident aller Deutschen zu präsentieren: »Ich danke für das Vertrauen derer, die mich gewählt haben. Und ich bitte um das Vertrauen derjenigen, die es nicht getan haben.« Unter denjenigen, die es nicht getan haben, waren sicher auch einige, die Steinmeier gleich noch als seine Feinde markierte. Er sei überparteilich, aber »nicht neutral, wenn es um die Sache der Demokratie geht. Wer für die Demokratie streitet, hat mich an seiner Seite. Wer sie angreift, wird mich als Gegner haben!« Was in normalen Zeiten als ein Fingerzeig Richtung antidemokratischer Dunkelmänner verstanden worden wäre, ist heute auf diejenigen gemünzt, die sich brav an Wahlen beteiligen, weil sie der Meinung sind, daß es um die Demokratie in Deutschland nicht gut bestellt ist und man den Altparteien wenigstens auf die Finger schauen sollte (wenn man sie schon nicht ablösen kann). Diese Motivation steht heute im Ruf, extremistisch zu sein, weil sie an der besten aller denkbaren Welten, die nun weitere fünf Jahre von Steinmeier repräsentiert wird, etwas zu kritisieren hat.

Auch an der Wahl des Bundespräsidenten gab es im Sinne einer echten Opposition etwas zu kritisieren. Denn diese Wahl fand unter merkwürdigen Vorzeichen statt. Daß die SPD ihren eigenen Parteigenossen zur Wiederwahl vorschlug, war keine Überraschung. Gerade weil die SPD jetzt das Land regiert, wird ihr jemand, von dem noch nie ein kritisches Wort über die politische Klasse dieses Landes zu vernehmen war, gut in den Kram passen. Daß sich Grüne und FDP dem Vorschlag anschlossen, lag nahe, immerhin hat man bereits jetzt so viele Probleme in der Ampelkoalition, daß man auf das symbolpolitische Spiel eines eigenen Vorschlags lieber verzichtete. Was aber einiges über den Zustand der Demokratie in unserem Land aussagt, ist die Tatsache, daß die größte Oppositionsfraktion, die CDU/CSU, es nicht übers Herz brachte, einen eigenen Kandidaten ins Rennen zu schicken, sondern mit warmen Worten für Steinmeier warb. Das als latent extremistisch markierte Argument von der Ununterscheidbarkeit der Altparteien hat dadurch an Stichhaltigkeit gewonnen.

Dieser Gleichklang führte dazu, daß in der Bundesversammlung, in der die Bundestagsabgeordneten gemeinsam mit einer gleichen Anzahl von Vertretern aus den Länderparlamenten den Bundespräsidenten wählen, der Parteienstaat erneut und wie so oft schon über die Demokratie triumphierte. Die alte Forderung, den Bundespräsidenten vom Volk direkt wählen zu lassen, bekommt nun sicher neue Unterstützer, wenn auch der Parteienstaat dadurch nicht umgangen werden kann. Aber es ist deutlich schwieriger, 60 Millionen Wahlberechtigte davon zu überzeugen, einen Kandidaten zu wählen, der in den Kungelrunden der Parteien bestimmt wurde, als die 1472 Wahlleute der diesjährigen Bundesversammlung.

Steinmeier wurde mit 71 Prozent der Stimmen gewählt, was angesichts der sonst so knappen bundesrepublikanischen Wahlergebnisse der letzten Zeit chinesisch anmuten mag. Allerdings hätte Steinmeier theoretisch 1223 Stimmen bekommen können, was 83 Prozent entspricht. Auf diese Zahl kam man, wenn man die Wahlleute der Parteien zusammenzählte, die Steinmeiers Kandidatur unterstützten. Er bekam aber »nur« 1045 Stimmen. Ist das ein aufmüpfiges Zucken oder nur Unzuverlässigkeit? Vor allem ist es egal: Mit 71 Prozent im Rücken wird sich Steinmeier nicht ganz zu Unrecht als Vertreter der Mehrheit der Wohlmeinenden vorkommen und um so ungehemmter die Ränder bekämpfen, die ihn nicht gewählt haben und die er nicht braucht. Daß die Linkspartei, die wie die AfD einen eigenen Kandidaten aufgestellt hatte, sich deshalb keine Sorgen zu machen braucht, zeigt nicht nur sein diesbezügliches Angebot der Zusammenarbeit, sondern vor allem seine unverhohlene Drohung in Richtung derjenigen, »die Wunden aufreißen, die in der Not der Pandemie Haß und Lügen verbreiten […] – denen sage ich: Ich bin hier und ich bleibe!« Unbegrenzte Amtszeiten sind zwar bislang nicht vorgesehen, aber die Mehrheit ließe sich sicher organisieren. ■